Beschlussvorlage
Gh/001/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Ältestenrat und Finanzausschuss	19.03.2025	öffentlich	Beschluss

Betreff:

Schlussfolgerungen aus der Covid 19 Pandemie
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen, CSU- Stadtratsfraktion und der SPD- Stadtratsfraktion vom 12.10.2023

Anlagen:
Antrag_Schlussfolgerungen aus der Covid 19_CSU, SPD, Grüne
Ergebnisbericht AG Pandemie Krisenmanagement

Sachverhalt (kurz):

Im Herbst 2023 stellten die Stadtratsfraktionen von CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen gemeinsamen Antrag zu „Schlussfolgerungen aus der Covid 19 – Pandemie für den kommunalen Bevölkerungs- und Katastrophenschutz". Insbesondere sollte beleuchtet werden, wo das System zur mehrjährigen (Pandemie-) Lagebewältigung an seine Grenzen gestoßen ist und welche Schlussfolgerungen (Lessons Learned) für zukünftige Groß(schadens)lagen hieraus gezogen werden können. Der Auftrag an die Verwaltung wurde in der Referentenrunde diskutiert und ergänzt: Im Mittelpunkt der Betrachtung soll zudem die „Resilienzfähigkeit der Verwaltung bei zukünftigen multiplen Krisen" stehen. Die Federführung der Nachbetrachtung wurde Ref. III und diesem nachgeordnet Gh zugeteilt. Zur Bearbeitung des Auftrages wurde eine "Arbeitsgruppe Pandemie / Krisenmanagement' (AG) ins Leben gerufen. Dort waren die Bereiche Ref. I/II, DiP, FW für 3. BM und Gh für Ref. III vertreten. Der Ergebnisbericht der AG mit entsprechenden Empfehlungen liegt nun vor.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☒ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Es ist davon auszugehen, dass bei der Umsetzung des aus dem gemäß Beschluss zu erstellenden Konzeptes Kosten entstehen werden. Diese sind derzeit aber noch nicht absehbar. Zur Umsetzung des vorzulegenden Konzeptes bedarf es ggf. weiterer Beschlüsse.

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☒ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
siehe Begründung unter finanzielle Auswirkungen

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **BgA, Ref. I/II, DiP, 3. BM, FW**

☐

☐

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, die im Bericht unter Punkt 3.3. vorgeschlagene Arbeitsgruppe (AG) unter Leitung von BgA zu installieren.

Die AG hat den Auftrag die weiteren unter Punkt 3 aufgeführten Handlungsempfehlungen des Berichtes konzeptionell auszuarbeiten und umzusetzen. Übergeordentes Ziel ist die Etablierung eines stadtweiten resilienten Krisenmanagements.

Die Umsetzung der Handlungsempfehlung unter Punkt 3.2.2 obliegt FW.